



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

über die
**15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und
Gesundheit**
am 10.06.2021
in Rotenburg (Wümme), Aula des Ratsgymnasiums, Gerberstraße 14

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Robert Abel	Vertretung für Abgeordneten Hans-Jürgen Krahn
Abg. Nils Bassen	Vertretung für Abgeordnete Doris Brandt
Abg. Heike Behr	
Abg. Jürgen Borngräber	Vertretung für Abgeordnete Ute Gudella-de Graaf
Abg. Heinz-Friedrich Carstens	
Abg. Erich Gajdzik	
Abg. Michaela Holsten	
Abg. Ursula Hoppe	
Abg. Hans-Joachim Jaap	
Abg. Ingolf Lienau	
Abg. Dr. Klaus Rinck	
Abg. Erika Schmidt	
Abg. Rainer Sommermann	

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Flake
Herr Helmut Sündermann

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)	
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)	bis TOP 4
Frau Antje Brünjes (Amt 50)	
Herr Gregor Stein (Amt 55)	
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)	
Frau Lara-Fabienne Tenzer (Amt 50)	

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 09.03.2021
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Bericht zur Hilfe zur Pflege nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2016-21/1265
- 6 Bericht über sonstige Leistungen (Elterngeld, BAföG, Wohngeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie Rechtsmittel im Sozialamt
Vorlage: 2016-21/1266
- 7 Neuausschreibung einer Maßnahme zur psychosozialen Betreuung für Kundinnen und Kunden des Jobcenters - "Case-Manager"
Vorlage: 2016-21/1268
- 8 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 9 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Schmidt eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Vors. Schmidt lässt darüber abstimmen, dass der TOP 7 in der Tagesordnung vorgezogen und nach TOP 4 behandelt wird. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 09.03.2021**

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig (bei 2 Enthaltungen) den nachstehenden Beschluss.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 09.03.2021 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

a) Aktualisierung der Regionalvereinbarung des Senioren- und Pflegestützpunktes Niedersachsen im Landkreis Rotenburg (Wümme) – „RoSe“

Frau von Ostrowski informiert über den Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung mit Wirkung zum 01.01.2020. Der neue regionale Pflegestützpunktvertrag wurde abgeschlossen und enthält Anpassungen vor allem im Bereich der Mitfinanzierung des Pflegestützpunktes durch die Landesverbände. Daneben wurde das Konzept des Senioren- und Pflegestützpunktes als Bestandteil der neuen Vereinbarung grundlegend überarbeitet.

b) Praxisverbund im Landkreis Rotenburg (Wümme)

Frau Colshorn berichtet, dass das Jugendberufszentrum bei der NBank eine Verschiebung der Projektlaufzeit, um 3 Monate bis zum 31.12.2022, beantragt hat. Das Projekt Praxisverbund des Jugendberufszentrums ist im Oktober 2020 in Kooperation mit der AWL-GmbH, Stade, gestartet. Die Covid 19-Pandemie hat den Start des Projekts verzögert. Praktische Lernerfahrungen in schulischen Orientierungspraktika sind erst seit dem 01.06.2021 wieder möglich. Der hohe Bedarf an praktischer, beruflicher Orientierung und das Ziel Praktika bei Schülerinnen und Schülern wie auch den Ausbildungsbetrieben und die Notwendigkeit die Strukturen der Begleitung auch über die Ausbildungsaufnahme in 2022 hinaus nachhaltig zu etablieren, hat eine Verlängerung der Projektlaufzeit erfordert. Vorbehaltlich einer Bewilligung durch die NBank (ESF-Restmittel) wird die Verschiebung der Laufzeit ohne zusätzliche Mittel umgesetzt.

c) Kunden im Jobcenter

Das Jobcenter hat im Mai 2021 sowohl die niedrigsten Stände bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (3.084 mit 6.193 Personen), bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (4.133) als auch bei der Arbeitslosigkeit im SGB II mit 1,9 % (SGB III 1,7 %), insgesamt 3,6 %, erreicht. Damit liegen gute Voraussetzungen für etwaige zukünftige Fallzahlsteigerungen als Auswirkungen der Pandemie vor.

Um 14:45 Uhr verlässt Frau von Ostrowski die Sitzung.

Anschließend wird Tagesordnungspunkt 7 behandelt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht zur Hilfe zur Pflege nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2016-21/1265

Frau Brünjes präsentiert die Vorlage und stellt auf Nachfrage von **Abg. Holsten** dar, dass sich der einrichtungseinheitliche Eigenanteil, den die Bewohnerinnen und Bewohner selbst zahlen müssen, aufgrund der gestiegenen Löhne und allgemeiner Kostensteigerungen in diesem Umfang erhöht hat. **Abg. Borngräber** erkundigt sich danach, ob es auch Menschen im Landkreis gibt, die den zu zahlenden Eigenanteil für das Pflegeheim nicht oder nicht vollständig aus eigenen Mitteln aufbringen können. Hier verweist **Frau Brünjes** auf die Leistungs- und Finanzdaten in der Präsentation, aus der sich die Zahl der Menschen ergibt, die in den Jahren 2016 bis 2020 Unterstützung durch die Hilfe zur Pflege erhalten haben. Auf weitere Nachfrage von **Abg. Borngräber** informiert **Frau Brünjes** darüber, dass Pflegebedürftige im Landkreis Rotenburg (Wümme) in jede Pflegeeinrichtung einziehen können, weil mit allen Pflegeeinrichtungen eine individuelle Entgeltvereinbarung getroffen wurde und es somit keine Verpflichtung gibt, eine bestimmte Einrichtung zu wählen. Nach einem regen Austausch über die Leistungen der Hilfe zur Pflege signalisieren die Abgeordneten ihr Interesse für die Berechnung.

Anmerkung zum Protokoll: Die Beispielrechnungen sind als Anlage 1 beigefügt.

Aufgrund der aktuellen Diskussion um die Reform der Pflege gibt **Frau Brünjes** einen Ausblick auf mögliche Änderungen und deren Auswirkungen. Sie sensibilisiert dafür, dass die Zahlung von Tariflöhnen zu einer Steigerung der Kosten für die Bewohnerinnen und Bewohner führen wird und deshalb auch davon auszugehen ist, dass die Kosten für die Hilfe zur Pflege, die vom Landkreis zu 20 % selbst zu zahlen sind, steigen dürften.

Anmerkung zum Protokoll: Die geänderte Präsentation ist als Anlage 2 beigefügt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bericht über sonstige Leistungen (Elterngeld, BAföG, Wohngeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie Rechtsmittel im Sozialamt**
Vorlage: 2016-21/1266

Frau Brünjes präsentiert die Vorlage.

Hinweis: Tagesordnungspunkt 7 wurde vor Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Neuausschreibung einer Maßnahme zur psychosozialen Betreuung für Kundinnen und Kunden des Jobcenters - "Case-Manager"**
Vorlage: 2016-21/1268

Herr Stein präsentiert die Vorlage und weist darauf hin, dass die Maßnahme mit geringen Änderungen weiter fortgeführt werden soll.

Der Ausschuss beschließt, folgende Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss abzugeben. Die Abstimmung erfolgt en bloc. **Vors. Schmidt** stellt fest, dass die Abstimmung 13 Ja-Stimmen ergeben hat.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Die Dienstleistung der psychosozialen Betreuung von Jobcenterkunden wird erneut als Maßnahme „Case Manager“ für die Laufzeit von 12 Monaten (01.12.2021 bis 30.11.2022) ausgeschrieben. Des Weiteren soll bei weiterhin erfolgreicher Durchführung und ausreichend zur Verfügung stehenden Mitteln eine Vertragsverlängerung von 12 Monaten (01.12.2022 bis 30.11.2023) erfolgen.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Finanzierung der Maßnahme „Case-Manager“ gemäß § 16a Nr. 3 SGB II sollen im Produkt 31.2.02 (Kommunale Eingliederungsleistungen) für die Jahre 2022 und 2023 zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: Anfragen

Da keine Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Schmidt** die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Schmidt
Vorsitzende

gez. Colshorn
Kreisverwaltungsdirektorin

gez. Tenzer
Protokollführerin